

11. Mai 2016

**Dialog zwischen den Religionen: Gemeinsam gestalten wir unser Hamburg.**

*(angemeldet von der GRÜNEN Fraktion)*

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn ich die Formulierung der Grünen wörtlich nehme, dann frage ich mich, was das hier in der Bürgerschaft zu suchen hat. Religion ist Privatsache und sollte es auch bleiben. Das geht den Staat eigentlich -- also idealtypisch -- nichts an. Die Trennung von Kirche und Staat hat in Europa viel mehr als tausend Jahre gedauert und es waren viele Einzelschritte erforderlich - ohne dass man das Ergebnis kennen konnte. Ich spreche von Scholastik und Reformation, von Aufklärung und Demokratie-Entwicklung, bis zum (mehr oder minder) säkularen Staat unser Tage.

Heute wissen wir, dass ein säkularer Staat ein wichtiger Faktor für unseren Wohlstand ist, für Freiheit, für Toleranz, Sicherheit und für ein friedliches Neben- und Miteinander verschiedener Religionen im gleichen Gebiet, in der gleichen Stadt und in der gleichen Strasse.

Aber die Grünen haben vermutlich -- oder hoffentlich -- etwas anderes gemeint, nämlich den gesellschaftlichen Dialog zwischen Menschen, die privat unterschiedliche Religionen haben und die eventuell unterschiedlich stark und verschieden religiös sozialisiert sind - oder auch Atheisten, Agnostiker oder Ungläubige sind. Das ist in der Tat notwendig und wünschenswert - hier in Hamburg und anderswo. Insofern gefällt mir die Intention unserer Regierungspartei.

Allerdings verschleiert die Formulierung wiederum Dinge, die man klar benennen sollte, nämlich, dass es vor allem um Muslime geht. Zwischen allen anderen Religionen gibt es nämlich in aller Regel keine Probleme in unserem Lande. Keine andere weltanschaulich identifizierbare Gruppe von Mitbürgern fällt so häufig durch Intoleranz, übergriffige Ansprüche und leider gelegentlich auch durch Gewalt auf wie solche, die sich auf den Islam berufen -- sei dies berechtigt oder nicht. Das wirft natürlich Fragen auf, denen wir uns stellen müssen und die wir nicht verdrängen dürfen.

JA, wir sollen und müssen den Dialog mit den Muslimen führen. Das erfordert von uns (also der deutschen Mehrheits-Gesellschaft) zunächst einmal die Bereitschaft zu einem Lernprozess. Wir sollten ihre Religion und ihre

Sozialisation besser kennenlernen um Mißverständnisse zu reduzieren. Daran müssen wir arbeiten.

Es erfordert auf der anderen Seite aber auch die Bereitschaft der Muslime zu solchen Lernprozessen. Sie müssen zunächst einmal lernen, dass wir eine säkulare Gesellschaft sind und bleiben wollen. Die Vorteile, die das hat -- nämlich die oben genannten Wohlstand, Freiheit, Toleranz und Sicherheit sind ja nicht selten genau die Gründe, warum sie jetzt hier sind und nicht in ihren Heimatländern, wo es das nicht oder weniger gab. Das ist nicht für alle leicht zu verstehen -- aber unvermeidlich.

Es kann bei dem Dialog auch nicht darum gehen, uns gegenseitig religiös zu verändern oder uns etwas abzuhandeln. Ich spreche auch nicht von der Entwicklung eines reformierten oder modernen Islam. Das ist nicht unsere Sache, sondern die der Muslime selbst, wenn sie das wollen. Die hiesige Rechts- und Gesellschafts-Ordnung ist nicht verhandelbar. Aber man kann einen Dialog darüber führen, wie man es erreichen kann, dass die Muslime bestmöglich ihren Glauben praktizieren können, ohne mit der deutschen Rechts- und Gesellschafts-Ordnung in Konflikt zu geraten.

Für den Dialog wäre es zweifellos hilfreich, wenn alle führenden Muslim-Vertreter und alle, die in der muslimischen Community meinungsbildend wirken, Deutsch können würden. Davon sind wir zur Zeit noch sehr weit entfernt. Wünschenswert wäre es auch, wenn die Gesprächspartner und Meinungsbildner auf der muslimischen Seite mindestens einige Jahre bereits in Deutschland gelebt hätten und die Lebenswirklichkeit der deutschen Muslime auch außerhalb der Moscheen kennen würden.

JA, liebe GRÜNE, wir sollten diesen Dialog intensiv führen. Da stimmen wir Ihnen zu. Packen wir's an.